

Diese Zeitung erscheint jede Woche Samstags. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1 M. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

# Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlungs- und Jagdstellen-Anzeigen die 3 gespaltene Kolonnen-Zeile 50 Pf. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

## Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von A. Brey. Druck von E. A. H. Meißner & Co., beide in Hannover. Verantwortlicher Redakteur: H. Schneider, Hannover. Redaktionschluss: Montag mittag 12 Uhr. Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaitraße 7, 2. Et. — Fernsprech-Anschluss 3002.

### Der 11. Verbandstag in Dresden.

Vom 11. Verbandstage darf man ohne Uebertreibung sagen, daß er sowohl in seinem Verlauf als in seinen Ergebnissen selbst hochgespannte Erwartungen erfüllt hat. Die strenge Sachlichkeit der Debatten, das scharf hervortretende Bestreben, die eigenen Ansichten und Vorschläge gut zu stützen, aber auch fremde Meinungen vorurteillos zu würdigen, darf als ein hervorstechender Zug dieses Verbandstages bezeichnet werden. Die Kritik, die selbstverständlich nicht fehlte, und die auch nicht fehlen darf, artete nie in kleinliche Nörgerei aus; sie war immer getragen von dem Willen, zu bessern. Unter solchen Umständen ist es erklärlich, daß der Verbandstag seine außerordentlich reichhaltige und zum Teil sehr wichtige Tagesordnung in geradezu musterhaft glatter Weise erledigen konnte. Die Debatte zum Vorstandsbericht, die auf früheren Verbandstagen oft tagelang andauerte und zur Vorbringung oft kleiner, ja kleinlicher Wünsche und Beschwerden benutzt wurde, war auf diesem Verbandstage in wenigen Stunden erledigt. Und es ist erfreulich, konstatieren zu können, daß die Redner fast ausnahmslos anerkannten, daß der Vorstand redlich und fleißig bemüht gewesen ist, seine Pflicht und, wenn möglich, noch etwas mehr zu tun. Es ist nicht möglich, im Rahmen des Verbandsorgans auf die Referate und Debatten des Verbandstages näher einzugehen; es ist auch kaum nötig, weil das Protokoll des Verbandstages in ganz kurzer Zeit herauskommt und allen Mitgliedern zu einem Preise, der kaum die Selbstkosten deckt, zur Verfügung gestellt wird. Deshalb genügt es, hier in kurzer Zusammenfassung das Wichtigste aus dem Ergebnis des Verbandstages den Mitgliedern zu unterbreiten.

Eröffnet wurde der Verbandstag am 4. August in dem festlich geschmückten Saale des Kristallpalastes in Dresden. Anwesend waren 186 Delegierte, die Vertreter des Vorstandes, die Gauleiter, außerdem Vertreter unserer skandinavischen und österreichischen Bruderorganisationen als Gäste und zwei Vertreter der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. Auch hatten sich zahlreiche Mitglieder der Zahlstelle Dresden als Gäste eingefunden. Nach warmen Begrüßungsworten des Kollegen Richter im Namen der Dresdner Zahlstelle und des Genossen Hensel im Namen des Dresdner Gewerkschaftsartikels eröffnete Kollege Brey den Verbandstag. Nach Erledigung der Formalien wurde die Sitzung auf Montag vertagt.

Der zweite Verhandlungstag brachte zunächst die Begrüßungsansprachen unserer Gäste. Genosse Schrammel überbrachte die Grüße von unserm österreichischen Bruderverband, Genosse Lyngsie die der skandinavischen Verbände. Darauf gab Kollege Brey den Bericht des Vorstandes. Er verwies auf die Entwicklung des Verbandes und schilderte im einzelnen, mit welchen Mitteln und nach welchen Grundsätzen der Vorstand diese Entwicklung zu fördern gesucht hat. Im Anschluß daran berichteten der Kassierer, der Redakteur, der Verbandsauschuß und die Revisionskommission. Von der Debatte über diese Berichte wurde schon gesagt, daß sie inhaltlich wie formal hohen Ansprüchen genügt. Die Anträge, die zu den Berichten vorlagen, betrafen meist formale Dinge. Beschlossen wurde u. a., für die Papierindustrie einen Agitationsleiter anzustellen.

Ueber die Abgrenzung des Verbandsgebietes referierte Kollege Schneider. Da das Referat nach einem Beschluß des Verbandstages als Broschüre herausgegeben werden soll, können wir uns hier jedes Eingehen darauf ersparen. Erwähnt sei nur, daß Kollege Schneider einige Aeußerungen, die Genosse Bauer als Vertreter der Generalkommission auf dem Verbandstage der Porzellanarbeiter gemacht hatte, entschieden zurückweisen mußte. Der anwesende Vertreter der Generalkommission, Genosse Robert Schmidt, gab die Erklärung ab, daß die formal verletzende Bemerkung, die im Protokoll des Verbandstages der Porzellanarbeiter dem Genossen Bauer in den Mund gelegt wird, nicht richtig wiedergegeben ist. Nach dem Protokoll hat Bauer uns illoyale Agitation unterstellt, nach den Erklärungen, die Genosse Schmidt im Namen des Genossen Bauer abgab, hat Bauer von der angeblich illoyalen Agitation gesprochen. Die sachlich unrichtigen Ausführungen des Genossen Bauer werden selbstverständlich durch diese Erklärung weder berichtigt noch entschuldigt.

Die Debatte über die Abgrenzung wurde durchweg sachlich geführt. Sie förderte zahlreiches Beweismaterial für die unsern Mitgliedern allerdings bekannte Tatsache zutage, daß unser Verband unter Eingriffen in sein Tätigkeitsgebiet nicht weniger, sondern mehr zu leiden hat als irgendeine andre Organisation. Angenommen wurden zu diesem Punkte zwei Resolutionen, von denen eine vom Referenten, die andre von der Statutenberatungskommission vorgelegt war. Die Resolution der Statutenberatungskommission enthält eine Aufzählung der zuständigen Betriebe, setzt also gewissermaßen die äußeren Grenzen des Verbandsgebietes fest. Die vom Referenten vorgelegte Resolution stellt eine grundsätzliche Erklärung dar. Sie fordert die Betriebsorganisation als Grundlage der Industrieverbände und hat folgenden Wortlaut:

„Die wirtschaftliche Entwicklung führt zur Zurückdrängung des Handwerks durch die Industrie; innerhalb der Industrie wiederum zur Zurückdrängung des Kleinbetriebes durch den Großbetrieb. Der industrielle Großbetrieb hat zur Voraussetzung — und zur Folge — die Vereinigung großer Kapitalmassen, das heißt großer wirtschaft-

licher Machtmittel in eine Hand oder doch unter eine Leitung; die wirtschaftliche Macht des einzelnen Unternehmers ist um so größer, je größer der Betrieb, den er besitzt oder leitet. Durch Zusammenschluß in Organisationen aller Art, deren Bildung in der Großindustrie infolge der relativ geringeren Zahl der Konkurrenten auf dem Wirtschafts- und Arbeitsmarkt erleichtert ist, wird die Macht der Unternehmer noch bedeutend verstärkt.

Die Zusammenfassung zahlreicher Arbeiter im Großbetrieb, die Teilung der Arbeit, die Verwendung von Maschinen, turm die Mechanisierung der Produktion macht die Fortführung des Betriebes immer weniger abhängig von der Intelligenz, Geschicklichkeit oder persönlichen Tüchtigkeit des einzelnen Arbeiters; die wirtschaftliche Macht des einzelnen Arbeiters ist um so geringer, je größer der Betrieb ist, in dem er arbeitet.

Die Zusammenfassung der Kräfte, die Vereinigung der einzelnen machtlosen Arbeiter ist für die Arbeiterschaft der Industrie, namentlich aber der Großindustrie, die einzige Möglichkeit, ihre Interessen zu vertreten, ihrem Willen Geltung zu verschaffen, sich Einfluß auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu sichern.

Die Vertretung der Interessen der Arbeiter wird aber nur dann nachhaltig, der Einfluß auf die Gestaltung der Arbeitsbedingungen nur dann erheblich sein, wenn dem wirtschaftlich enorm erstarkten großindustriellen Unternehmertum starke, und zwar nicht nur relativ, sondern auch absolut starke und finanziell gut gerüstete Organisationen gegenübergestellt werden: die gewerkschaftliche Entwicklung muß zu großen leistungsfähigen Verbänden führen.

Der industrielle Großbetrieb unterscheidet sich vom Kleinbetrieb nicht lediglich durch vermehrte Erzeugung gleichartiger Produkte, sondern auch durch Zusammenfassung verwandter Produktionszweige, namentlich aber durch Abführung des Weges vom Rohstoff zum konsumfertigen Produkt, das heißt durch Vereinigung bisher getrennter Bearbeitungsprozesse. Diese Erweiterung der Produktionsbasis und die damit verbundene weitgehendere Teilung und planmäßigere Organisation der Arbeit hat zur Folge, daß die mehr oder minder einheitliche und scharf abgegrenzte Gruppe der Berufsarbeiter des handwerksmäßigen Kleinbetriebes ersetzt wird durch das in seiner Zusammensetzung außerordentlich vielgestaltige, scharf oder gar nicht abzugrenzende Arbeiterheer des industriellen Großbetriebes. Im modernen Großbetrieb werden die Arbeiter ohne Rücksicht auf Geschlecht, Alter, Fähigkeiten, Vorbildung und Beruf dem Produktionsprozeß einverleibt, von einem Willen regiert, von einem Kapital ausgebeutet und unterdrückt.

Dieser einheitlichen Ausbeutung und Unterdrückung muß die einheitliche Organisation der Arbeiter gegenübergestellt werden. Der Zerbrückelung des Berufsarbeiters durch den Industriearbeiter muß die Umwandlung der Berufsorganisationen in Industrieverbände folgen: die gewerkschaftliche Entwicklung muß zu großen, leistungsfähigen Industrieverbänden führen.

Der Industrieverband ist nicht die einfache Fortentwicklung der Berufsorganisation, sondern bis zu einem gewissen Grade sogar ihr Gegenpart. In der Berufsorganisation vereinigen sich die Arbeiter nach ihrer Vorbildung, ohne Rücksicht auf die Industrie, in der sie arbeiten — im Industrieverband vereinigen sich die Arbeiter nach ihrer industriellen Tätigkeit ohne Rücksicht auf ihre Vorbildung. Die Berufsorganisation kann mithin weder die Grundlage noch ein Teil des Industrieverbandes sein. Die natürliche Grundlage, die logische Einheit des Industrieverbandes bildet vielmehr die Zusammenfassung der Arbeiter eines Betriebes: die Betriebsorganisation muß die Grundlage der Industrieverbände bilden.

Wenn alle in einem Betriebe beschäftigten Arbeiter, ohne Rücksicht auf Geschlecht und Beruf, in eine Organisation vereinigt, zu gegenseitiger Solidarität erzogen, zu gemeinsamem Handeln verpflichtet werden, wird es noch besser als jeher gelingen, der wachsenden Macht des Kapitals Grenzen zu setzen, den Einfluß der Arbeiter zu mehren, dem kulturellen Aufstieg der Arbeiter die Wege zu ebnen.

Aus diesen Erwägungen heraus beauftragt der 11. Verbandstag des Verbandes der Fabrikarbeiter seine Vertreter, auf den gewerkschaftlichen Konferenzen und Kongressen und bei Abschluß von Kartellverträgen im Sinne dieser Resolution zu wirken, insbesondere die Einführung der Betriebsorganisation im Verbandsgebiet — dessen Grenzen im Statut festgelegt sind — anzustreben.

Auf die in der Resolution niedergelegte Forderung werden wir an dieser Stelle noch häufig zurückkommen müssen; für heute sei nur, um Mißverständnisse zu vermeiden, ausdrücklich darauf hingewiesen, daß diese Resolution für unsern Verband keine neue Pflicht schafft, daß unsere Mitglieder nicht berechtigt sind, die Betriebsorganisation im Verbandsgebiete durchzuführen. Solange die bestehenden Beschlässe über die Gliederung der Gewerkschaften Geltung haben, müssen wir uns ganz selbstverständlich diesen Beschlässen fügen. Die Resolution stellt nur ein Prinzip dar; sie kann nur als Richtlinie für die Vertreter unsres Verbandes auf Kongressen, Konferenzen usw. in Frage kommen.

Ein weiterer wichtiger Punkt der Tagesordnung: die Branchengliederung innerhalb unsrer Organisation, wurde eingeleitet durch ein Referat des Kollegen Stille. Der Gedankengang des Referats und die Folgerungen, die sich daraus ergeben, sind skizziert in der vom Referenten vorgelegten und vom Verbandstage angenommenen Resolution, deren Wortlaut wir hier folgen lassen:

„Die Branchengliederung innerhalb unsrer Organisation. Der Verbandstag in Dresden empfiehlt den Zahlstellen, in denen die für den Verband zuständigen Industrien in genügender Stärke vertreten sind, die Einführung der Branchengliederung entsprechend der im § 3 des Statuts gegebenen Einteilung mit einer ständigen Brancheneitung aus nachfolgenden Gründen: Der moderne Großbetrieb bringt durch die technische Entwicklung und die zunehmende Intensität des Arbeitsprozesses ständig neue, bisher nicht bekannte Gefahren für Leben und Gesundheit der Arbeiterschaft und ist deshalb die fortwährende und genaueste Beobachtung der Arbeitsweise zur Abwendung derselben unumgänglich. Durch die Sammlung von Material über Berufskrankheiten und Unfälle, die am zweckmäßigsten durch die örtlichen Brancheneitungen erfolgen kann, wird ein wichtiger Beitrag zur Erforschung und Bekämpfung der den Arbeitern drohenden Berufsgefahren geleistet.

Des weiteren wird die Propaganda für die gewerkschaftliche Organisation und der Ausbau derselben im Betriebe nachdrücklicher durch die Brancheneitungen und Brancheneitungen bewirkt werden können, als das durch die Brancheneitungen möglich ist.

Bei angezeigten Erhebungen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Branche kann die Brancheneitung wertvolle Mitarbeiter leisten.

Die Vertretung der speziellen Berufsinteressen kann am wirkungsvollsten durch die Brancheneitung erfolgen. Die Branchenverammlungen und -leitungen haben alle Maßnahmen nicht selbständig, sondern immer im Einverständnis und unter Mitwirkung der Ortsverwaltung zu treffen. Aus besonderer Veranlassung können durch den Verbandsvorstand allgemeine Branchentagungen einberufen werden.

Die Resolution sieht aus guten Gründen davon ab, die Neuerung — für manche Z. . . . . ist es allerdings keine Neuerung mehr — von vornherein zu schematisieren; sie läßt der Initiative und dem Organisationsstalent der Zahlstelleneitungen weitgehenden Spielraum. Wenn in einigen Jahren Erfahrungen mit der Branchengliederung gemacht sind, wird es vielleicht möglich sein, spezialisierte Bestimmungen zu treffen.

Den Bericht über den Gewerkschaftskongreß erstattete Kollege Grossmann. Dem kurzen Resümee der Verhandlungen des Kongresses folgte eine nur kurze Debatte, in der Kollege Wörner darauf hinwies, daß die Konsumvereine bei der Auswahl ihrer Lieferanten zu wenig Rücksicht auf die Arbeitsbedingungen in den Betrieben nehmen. Er hält es für notwendig, daß die Konsumvereine vor Abschluß von Lieferungen bei den Organisationen Erkundigungen über die Arbeitsbedingungen einziehen.

Ueber den Internationalen Kongreß berichtete Kollege Brey. Er verwies kurz auf den Wert der internationalen Verbindungen und empfahl die Beschickung des im nächsten Jahre in Wien stattfindenden Kongresses. Der Verbandstag beschloß demgemäß und wählte sechs Delegierte, von denen die mit den wenigsten Stimmzahlen als Ersatzdelegierte gelten sollen.

Unter den allgemeinen Anträgen wurden einige Fragen von erheblicher Wichtigkeit erledigt. Eine grundsätzliche Aenderung unsrer seitherigen Bestimmungen zeitigte die Aussprache über die Waise. Bis her zahlte unser Verband Unterstützung aus der Verbandskasse in der Höhe und unter den Umständen der Streikunterstützung an Mitglieder, die wegen Beteiligung an der Waise ausgespart oder entlassen wurden. Voraussetzung war nur, daß der Beschluß über die Arbeitsruhe unter Beachtung der im Statut vorgesehenen Bestimmungen erfolgt war. Der Verbandstag hat nunmehr durch Annahme eines von Lübeck gestellten Antrags die Unterstützungsplicht des Verbandes beseitigt. Wer sich an der Arbeitsruhe beteiligt, hat Anspruch auf Unterstützung nur noch an die in den einzelnen Drien oder Bezirken speziell für diesen Zweck geschaffenen Fonds. Dieser Beschluß des Verbandstages beseitigt für unsre Mitglieder den Ausnahmezustand, daß sie zwar für die Waisenfonds steuern durften, mit ihren Ansprüchen auf Unterstützung jedoch an unsre Verbandskasse verwiesen wurden.

Eine weitere wichtige Neuerung ist die Versicherung aller Verbandsfunktionäre gegen Unfälle, die sich während der Tätigkeit für den Verband ereignen. Die Versicherung erstreckt sich auf jedes Mitglied, das im Auftrage der Ortsverwaltung irgendeine Arbeit für den Verband verrichtet. Die Kosten der Versicherung werden von den Zahlstellen und der Hauptkasse gemeinschaftlich getragen. Die Zahlstellen zahlen für jedes Mitglied jährlich 5 Pf., und die Hauptkasse zahlt 50 Prozent der eingegangenen Beiträge. Vorbedingung einer Unterstützung ist der einwandfreie Nachweis, daß der Unfall sich bei einer Tätigkeit, die für den Verband und im Auftrage einer zuständigen Verbandsinstanz geleistet wurde, ereignet hat. Gewährt wird Krankengeld, Invalidenunterstützung, Sterbegeld und Witwenunterstützung. Die für die Versicherung ausgearbeitete Vorlage wurde nach der Begründung durch den Kollegen Thiemig einstimmig und ohne Debatte angenommen.

Die zum Statut eingereichten Anträge waren durch eine zwei Tage vor dem Verbandstage einberufene Kommission vorberaten, so daß der Verbandstag leichte Arbeit hatte. Diese Kommission wie auch die Mehrheit des Verbandstages ging von der Auffassung aus, daß nach der gründlichen und umfassenden Revision des Statuts in Halle grundsätzliche Aenderungen nach Möglichkeit vermieden werden müßten. Eine Aenderung der Beiträge war nicht gefordert, und für eine Aenderung der Unterstützungs-einrichtungen lagen zureichende Gründe nicht vor.

Es wurden denn auch nur einige sachlich wenig belangreiche Bestimmungen des Statuts geändert und einige rein formale Verbesserungen vorgenommen.

Als getreue Chronisten und um Mißdeutungen zu vermeiden, registrieren wir noch, daß der Verbandstag, einem Beschlusse seines letzten Vorläufers folgend, eine Regelung der Gehälter der Beamten des Verbandes vorgenommen hat. Erfreulicherweise darf auch von der Debatte zu diesem Punkte gesagt werden, daß sie streng sachlich und ohne persönliche Voreingenommenheit geführt wurde.

Der nächste Verbandstag findet in zwei Jahren in Stuttgart statt.

Zusammenfassend können wir noch einmal wiederholen, was einleitend schon gesagt wurde: Der Verbandstag in Dresden hat die Hoffnungen, die auf ihn gesetzt wurden, nicht enttäuscht. Mögen die Beschlässe, die er gefaßt, die Richtlinien, die er uns gegeben, sich für alle Zukunft bewähren.





lügen" Beschuld der Berufsgenossenschaft auf. Das war ja ganz in der Ordnung. Es begnügte sich aber nicht damit, sondern stellte auch gleichzeitig die Rente ein. Das ist aber nicht in der Ordnung und wurde vom Reichsversicherungsamt in seiner Entscheidung vom 9. Februar d. J. als ungesetzlich bezeichnet.

Die Verletzten werden gut tun, auf solche "Fertimer" zu achten. Nach 5 Jahren dürfen Renten unter Umgehung des Schiedsgerichts nicht mehr geändert werden.

**Verchiedene Industrien**

\* Ebersdorf i. Oberfr. Im Schieferbruch Ausbauer bei Probstzella erfolgte die Entlohnung der Arbeiter feither regelmäßig jeden Sonnabend. Letztlich war nun im Spielesaal ein Anschlag angebracht, worauf geschrieben stand, daß von nun an die Entlohnung alle vier Wochen stattfinden soll. Die Arbeiter waren damit nicht zufrieden. Es wurden einige Arbeiter bestimmt, die im Kontor gegen diesen Anschlag Einspruch erheben mußten. Diese wurden jedoch zurückgewiesen. Darauf ging die ganze Belegschaft vor's Kontor und protestierte gegen die vierwöchige Entlohnung. Doch auch sie hatte kein Glück mit ihrer Beschwerde. Es wurde ihr befohlen, daß alle vier Wochen Sonntag ist und damit Schluß! Der Betrieb gibt überhaupt zu vielen Klagen Anlaß. Dafür nur ein Beispiel. Vor ca. 14 Tagen ging ein Kollege ins Kontor und verlangte seine Papiere, weil er eine Arbeit, die ihm übergeben war, nicht ausführen konnte. Ihm wurde vom Verwalter mitgeteilt, daß er zuvor eine achtstündige Kündigung einhalten mußte. Der Kollege kündigte und ging acht Tage später ins Kontor, mit dem Bewußtsein, nun seine Sachen zu erhalten. Er hatte sich gefürchtet. An Stelle seines Lohnes erhielt er eine Fülle von Redensarten, wie Laufjunge, grüner Junge und dergleichen. Der Kollege stand noch einige Augenblicke still und wartete auf seinen Lohn. Die Wut des Verwalters steigerte sich darauf berart, daß er den Kollegen bei den Schultern packte und ihn zur Tür hinaus beförderte. Die Karte hat der Kollege erhalten, der verdiente Lohn wird ihm jedoch vier Wochen vorenthalten. Früher sah es in diesem Betriebe allerdings noch schlimmer aus. Es hat hier eine Zeit gegeben, in welcher der Arbeit von 6 bis 7 Uhr früh nicht benutzt werden durfte. Es kam sogar vor, daß Leute gestraft wurden, welche trotz des Verbots ihre Arbeit verrichteten. Leute, die um eine Lohnzulage anhielten, wurden hinter verschlossener Tür mit einer Kracht Prügel abgefertigt. Die Arbeiter mußten alle erdenklichen Schikanen ruhig hinnehmen. Warum die Arbeiter sich alles gefallen lassen mußten, ist unsicher zu verstehen. Eine Organisation fehlte vollständig. Als vor einigen Jahren unser Verband in diesem Betriebe Wurzeln schlug, warf man unsre Vorläufer auf die Straße. Das Ende aber bricht sich Bahn und so wird wohl in kurzer Zeit unser Verband auf den Schieferbrüchen an der thüringisch-sächsischen Grenze eine Macht bilden, welche die traurigen Arbeitsverhältnisse der Gegenwart bessern wird.

**Streiks und Lohnbewegungen.**

- Streiks und Aussperrungen bestehen in Bügow i. M. (Papierfabrik), Darmstadt (Papierfabrik Jllig), Dresden (Biegelei Geyer in Dampfen), Hamburg, Weipen (Langen), Rieberschmiedeweg bei Königswalde i. Erzgeb. (Papierfabrik Jllig), Dittrau b. Halle a. d. S. (Zement-Industrie), Preetz bei Kiel (Holzjäger), Sandbach im Odenwald (Gummi-fabrik), Strelitz i. Meckl.

- Darmstadt. Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Jllig'schen Papierfabrik in Rieberschmiedeweg, Post Oberstadt, bei Darmstadt stehen seit dem 29. Juli im Streik. Sie fordern eine Erhöhung der äußerst niedrigen Löhne. Arbeiter, die ihr ganzes Leben dieser Firma geopfert haben, erhalten einen Stundenlohn von 29 Pf., Arbeiterinnen 15 Pf. Die Firma ist nun bestrebt, Papiermaschinenführer und Gehilfen von auswärts anzuwerben. Die Maschinenführer sind verpflichtet, in der Fabrik Wohnung zu nehmen. Es sind dies Wohnungen, die schon im vorigen Jahre von der Wohnungsinpektin in Darmstadt als ganz unzulässig und gesundheitsgefährlich bezeichnet worden sind. Weiter sei hier bemerkt, daß die Kinder von der Fabrikwohnung aus eine halbe Stunde Wegs durch das Feld zur Schule haben. Die Papiermaschinenführer und Gehilfen werden deshalb vor Arbeitsaufnahme in diesem Betriebe gewarnt.

**Gewerkschaftliche Rundschau.**

**Gewerkschaften als "politische" Vereine.**

Vor einiger Zeit ging durch die Presse eine Notiz des Inhalts, daß das Schöffengericht zu Wollstein den Zweigverein Rothenburg an der Oberrhein des Bauarbeiterverbandes als politischen Verein erklärt habe, weil in dem von ihm herausgegebenen Vereinsblatt auch sozialdemokratische Veranlassungen stünde und Leute, die im Vereinsblatt verkehrten, sehr für die sozialdemokratische Partei agitiert hätten. Als weiterer "Grund" wurde angegeben, ein Mitglied des Zweigvereinsvorstandes habe einmal eine öffentliche politische Versammlung angemeldet, in der wirtschaftliche Probleme vom sozialdemokratischen Standpunkt aus behandelt worden seien, ferner habe ein Zimmermann die Anwesenden angefordert, ein sozialdemokratisches Blatt zu halten. Im Vereinsblatt habe ein Plakat mit der Aufschrift: "Anruf zur Partei" gehangen usw. Man mußte es für eine bare Unmöglichkeit halten, daß sich eine höhere Instanz auf die eingeleitete Benutzung des Urteils des Schöffengerichts anschließen könnte. Aber inzwischen ist das schwebende Unmögliche zur Tatsache geworden. Am 22. Mai hat sich die Strafkammer beim Amtsgericht in Wollstein i. P. dem Urteil des Schöffengerichts in allen wesentlichen Punkten angeschlossen, ja, das Urteil der Strafkammer ist jetzt noch feiner und weitgehender als das der Vorinstanz.

Als Gründe, weshalb der Zweigverein Rothenburg des Bauarbeiterverbandes ein politischer Verein sein soll, gibt es folgendes an: Der Verein sei von dem Gemeinderat, einem überzogenen Anhänger der Sozialdemokratie gegründet worden, und zwar zu einer Zeit, als die Reichstagswahlen vor der Tür standen. Der Verein werde von einem Sozialdemokraten geleitet. Er wolle in Kammalitäten, die von zwei angeführten Sozialdemokraten geleitet seien. In diesen Kammalitäten hätten wiederholt öffentliche sozialdemokratische Versammlungen stattgefunden, an denen die Vereinsmitglieder und der größte Teil der Vereinsmitglieder teilgenommen hätten. Im Vereinsblatt habe eine gewisse Aufwartung zur Teilnahme an der Partei ausgegangen. In einer Versammlung habe ein Zimmermann, der sich in den öffentlichen Versammlungen wiederholt als sozialdemokratischer Redner hervorgetan habe, teilgenommen und Anträge gestellt. Bei der letzten Reichstagswahl seien im Verein die folgenden Wähler anwesend viel sozialdemokratische Stimmen abgegeben worden, was beweise, daß mindestens die Mehrheit der Vereinsmitglieder mit dem Vorwissen und seiner sozialdemokratischen Führung einverstanden sei. Der Gemeinderat habe sich dem Urteil des Schöffengerichts angeschlossen. Der Gemeinderat habe auch einmal eine öffentliche politische Versammlung geleitet, die mit regelrechten Kammalitäten für die sozialdemokratische Partei und mit einer auch auf diese gerichteten habe. Alles das beweise, daß der Zweigverein von Sozialdemokraten gegründet worden sei, eine möglichst große Anzahl der in Rothenburg lebenden Bauarbeiter teilnehmende Reden und Versprechungen unter anderem als Anhänger der sozialdemokratischen Partei zu gewinnen und zu sozialdemokratischer Betätigung bei Parlamentswahlen und bei anderen Gelegenheiten zu bestimmen.

Das Urteil der Strafkammer ist geradezu empörend. Man kann das ganze Urteil mit jeder Begründung mit der Spitze durchhauen - was wird nicht eine einzige Tatsache finden, aus der auch nur ein entferntester Anlaß zu schließen ist, daß sich der Zweigverein Rothenburg des Bauarbeiterverbandes als politischer Verein betätigt hat. Daß er auf Veranstaltung eines Sozialdemokraten gegründet wurde, daß ein Sozialdemokrat sein Vorsteher ist, daß er in einem Lokal tagt, das auch die Sozialdemokratie für ihre Versammlungen erhält, daß in dem Lokal ein Reichstagswahlplakat ausgehängt war, daß ein Teil der Vereinsmitglieder sozialdemokratische Versammlungen besucht, daß der Vorsteher des Vereins

als Privatperson einmal eine öffentliche politische Versammlung leitet und daß bei der letzten Reichstagswahl mehr sozialdemokratische Stimmen abgegeben worden sind als früher - das hält die Strafkammer in Wollstein für ausreichend, um eine Gewerkschaftsorganisation zu einem politischen Verein zu stempeln. Das Unternehmertum kann sich vergrößert ins Fäufliche lachen, es hat in der deutschen Justiz wirklich unbegreifbare Helfer.

Ein anderer Fall: Der Zweigverein Dresden des Bauarbeiterverbandes war von zwei Instanzen, dem Schöffengericht und dem Landgericht Dresden für politisch erklärt worden, weil eine Zahlstelle des Vereins für den Wahlsonntag des sozialdemokratischen Partei 1000 Mark bewilligt hatte. Die Zahlstelle hatte zu diesem Beschluß kein Recht; denn ein kleiner Teil des Zweigvereins kann nicht über dessen Kasse verfügen. Der Vereinsvorstand erhob sofort gegen den Beschluß Einspruch und von der nächsten Zweigvereinsversammlung wurde der Beschluß der Zahlstellenversammlung aufgehoben, so daß das Geld dem sozialdemokratischen Wahlfonds nicht zufließt. Trotzdem erfolgte in beiden Instanzen die Verurteilung. Vor Gericht wurde gegen den Verein noch geltend gemacht, vom Vereinsvorstand werde das Vereinsorgan, "Der Grundstein", verbreitet, und von den Mitgliedern werde es gelesen. Im "Grundstein" würden aber sozialdemokratische Tendenzen vertreten; der Leiter und der Herausgeber des Blattes sowie der Vorsitzende des Dresdener Zweigvereins verfolgten ebenfalls sozialdemokratische Tendenzen. Die Haltung des Vereinsorgans laufe auf eine Unterliegung der Sozialdemokratie hinaus. Am 26. Juni hatte sich der Strafsenat des sächsischen Oberlandesgerichts als Revisionsinstanz mit diesem Urteil zu beschäftigen. Gegen dieses Urteil geltend gemacht, der Zweigverein Dresden sei nicht in dem Maße selbständig, wie die Vorinstanzen angenommen haben, er sei an das Statut des Gesamtverbandes gebunden. Beschlüsse, die gegen das Statut verstoßen, seien nichtig. Den Beschluß, die 1000 Mark abzugeben, habe von den acht Zahlstellen des Vereins nur eine gefaßt. Daraus, daß der Zweigverein diesen Beschluß bei der ersten Gelegenheit aufgehoben habe, habe er bewiesen, daß er mit dem Vorgehen der Zahlstelle nicht einverstanden war und daß er kein politischer Verein sein wolle. Auf die Schreibweise des Vereinsorgans habe der Zweigverein keinen Einfluß. Dem Zweigverein wie dem Gesamtverband gehörten Mitglieder aller politischen Parteien an usw.

Die Revisionsinstanz war allen diesen Gründen nicht zugänglich. Sie stellte sich auf den Standpunkt der Vorinstanzen und wies die Revision vollständig ab. Der Zweigverein sei ein selbständiger Verein; er sei auch ein politischer Verein; denn er verfolge neben den gewerkschaftlichen Tendenzen auch solche allgemein politischen Natur. Das beweise der Beschluß der einen Zahlstelle, dem Wahlfonds der sozialdemokratischen Partei 1000 Mk. zuzuführen, sowie die Haltung des Vereinsorgans. Ein Rechtsirrhum in den Feststellungen der Vorinstanz sei nicht zu erkennen. So werden die Gewerkschaften, allen gegenwärtigen Verprechungen des Reichskanzlers zum Trotz, mit Hilfe des neuen, "liberalen" Vereinsgesetzes aus den niedrigsten Verhältnissen gehoben und strukturiert. Die Gewerkschaften müssen, wenn sie die Interessen der Berufsangehörigen energisch vertreten wollen, alle Berufsangehörigen umfassen. Dadurch, daß man sie zu politischen Vereinen stempelt, stellt man sie unter Polizeiaufsicht und macht den Berufsangehörigen unter 18 Jahren die Organisation und den Besuch der Versammlungen unmöglich. Den Unternehmernorganisationen aber gewährt man jede nur erdenkliche Freiheit. Das ist das "gleiche Recht" im Klassenstaat!

**Rundschau.**

Die kommunale Arbeitslosenversicherung. Die Stadt Schöneberg hat seit einiger Zeit eine kommunale Arbeitslosenversicherung unter Zugrundelegung des sogenannten "Genter Systems" eingeführt. Als vor kurzer Zeit der Bericht dieser Versicherung für das Jahr 1911 erschien, trübten scharfsinnige Blätter daran häßliche Bemerkungen über die Unterstützung der "sozialdemokratischen Gewerkschaften". Darauf antwortet nunmehr das städtische Arbeitsamt mit einer öffentlichen Erklärung, in der es heißt:

Die Versicherung nach Genter System ist eine Anerkennung des Selbsthilfegedankens, wie er in den Organisationen durch Zahlung von Beiträgen und Gewährung von Arbeitslosenunterstützung seinen Ausdruck findet. Diesen Gedanken allein, die Selbsthilfe will das Genter System durch Gewährung von Zuschüssen fördern und stärken. Mit den andern Zielen der Organisation hat das Genter System nichts zu tun. Je mehr Arbeiter sich zu solchen Selbsthilfegewerkschaften schließen, um so besser wird es um die Wohlfaht und wirtschaftliche Sicherheit der Allgemeinheit bestellt sein, um so wirksamer werden die arbeitenden Klassen gegen Not und Armut geschützt sein. Diese sehr wertvolle Frucht der Organisation, die Selbsthilfe, zu fördern und zu verbreiten, liegt im eigenen Interesse der Gemeinden.

Das ist sehr gut und sehr richtig gesagt, aber die öffentliche Erklärung wird trotzdem in den Wind gesprochen sein, denn die Scharfmagelblätter wollen nicht belehrt sein. Sie heßen aus Prinzip.

**Geselligkeitsmillionen.**

Industrieherren nennen die Schmiergelder, die auch heute noch oft genug ihren Weg in die bürgerliche Presse finden, Bequemlichkeitsgelder, weil sie damit erreichen, daß sie nicht allzu viel befragt werden. Die Ausgaben der deutschen Aktiengesellschaften für ihre Ausschüsse gehen in die Millionen, müssen Geselligkeitsgelder genannt werden.

Als die Institution gesetzlich festgelegt wurde, dachte man, wie ja schon aus dem Namen, der dieser Einrichtung gegeben wurde, hervorgeht, an eine Unfruchtbarkeit, eine Kontrollinstanz der oft recht dunklen Wege großer Bankdirektoren und Aktiengesellschaftsherren. Heute sind Ausschüsse eigentlich geächtet, nur so selten, daß man beinahe die Einzelfälle an den Fingern einer Hand abzählen kann!

Die Aufsichtsratsposten der Aktiengesellschaften sind heute durchweg einflußlose Stellen, die mit hohem Gehalt vergütet werden und angezogen werden. Man erbt verlangen! In den Aufsichtsräten der Industrie-gesellschaften sitzen die Geldgeber, die Großbanken. In die Aufsichtsräte berufen Männer mit gutem, mit beherrschendem, mit hohen Verbindungen, Aufsichtsratsposten sind da Geselligkeitsgelder, wo Taufendmarktscheine im Briefumschlag nicht angenommen werden.

Deswegen gilt der Nationalliberalismus und seine Parlamentsfraktionen, im besonderen die des Reichstages, im doppelten Sinne als die Partei der Aufsichtsräte.

Seit der Keinen Finanzreform von 1906 wird der größte Teil des Einkommens aus Aufsichtsratsstellen, soweit es in Lantienem erkennlich ist, durch eine Sprengzeit Steuer ersetzt. Ihre Umsetzung ergibt die Summe, die alljährlich die deutschen Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien und die G. m. b. H. an Lantienem für ihre Aufsichtsräte ausgeben. Dabei darf nicht vergessen werden, daß einmal die Aufsichtsräte, die insgesamt nur eine Vergütung von 5000 Mk. pro Jahr erhalten, jenseits bleiben. Alle die kleineren Aktiengesellschaften, im besonderen auch die Unmasse der Gesellschaften mit beschränkter Haftung, die an Aufsichtsratsstellen nur je bis zu 5000 Mk. ausgeben, gelten nach dem Geheiß als des Schatzes würdig, der sonst kaum einem prächtigen Steuerzahler mit 900 Mk. Steuereinkommen gewährt wird. Außerdem verdienen auch die Nebenamtlichen der Direktoren usw. der Aktiengesellschaften, und das ist sicher ebenso viel, wie für die Aufsichtsräte ausgegeben wird, ohne daß sie ihre 8 Prozent Staatstribut entlegt hätten.

Die besternte Aufsichtsratsstellen betrug 1907/08 52,77 Millionen Mark, 1908/09 41,01 Millionen, 1909/10 59,30 Millionen, 1910/11 65,39 Millionen und 1911/12 schon 71,50 Millionen Mark! Wenn auch die Höhe der Aufsichtsratsstellen von der Konjunktur abhängig ist, sie ist trotzdem innerlich der eben vergangenen Jahre rascher gestiegen als die eigentlichen Gewinne der deutschen Aktiengesellschaften!

Dann die mit Lantienem hochdotierten Posten verdienen eine ganze Anzahl Menschen alljährlich Millionen, ohne daß sie auch nur den Finger wippen. Wir haben Bankdirektoren, Industriehauptleute, die in 20, 30, ja 40 Aufsichtsräten sitzen und überall Lantienem einladen. Die 30 größten Sammelauflösungsstellen, die es jetzt in Deutschland gibt, besitzen zusammen 810 Aufsichtsratsstellen!

Geht wenn die Lantienem bewilligt sind, erhalten die Aktionäre der Aktiengesellschaften Dividende, und erst wieder nach diesen erhalten viele, aber nur sehr wenige, und auch nur dann, wenn sie darum kämpfen, die Arbeiter etliche Pfennige von den Millionengewinnen, die aus ihrer Arbeit herausgewirtschaftet werden!

**Weibliches Dienstjahr.**

Selbst Frau Gnaud-Röhne auf dem letzten deutschen Frauenkongress ihren Vortrag über das weibliche Dienstjahr gehalten, kommt die Debatte über das Thema in bürgerlichen Zeitungen und Zeitschriften nicht zur Ruhe. Bekanntlich sollte sich nach Frau Gnaud-Röhne dieses weibliche Dienstjahr, das sie als anerkannte Forderung (?) der Frauenbewegung anspricht, als organischer Ausbau des in den Schulen erteilten Hauswirtschaftsunterrichts fortsetzen. Das Jahr soll in Gemeinschaftshäusern, die sich selbst betreiben (Kafernen) und die an Anstalten angegliedert sind, um Arbeitsgelegenheiten zu schaffen, auf Kosten des Staates verbracht werden. Der Gedanke der Frau Gnaud-Röhne treibt schon die äppigsten Mütter. In den meisten Blättern, so in dem "Arbeiterfreund", von Viktor Böhmer-Dresden, hat er sich schon zur zweijährigen Dienstzeit für die "Töchter der Völker" umgekehrt, wo hingegen für die Töchter der "höheren" Stände, analog dem einjährigen Dienst der Männer, ein Dienstjahr verlangt wird. Vertrauenspersonen (weibliche Unteroffiziere) sollen dauernd die Kontrolle über die Töchter des Volkes führen, sie drücken! Die Dienstjahre sollen zwischen dem 14. und 16. Lebensjahre abgeleistet werden. Die Mädchen vom Lande sollen in die Stadt, die Mädchen aus der Stadt auf das Land verschickt werden. Die Mädchen der "höheren Stände" können ihr Jahr an einer staatlichen sozialen Anstalt absolvieren und können nachdem, wenn sie nicht in den Ehestand treten, die weiblichen Offiziersposten ausfüllen! Bekanntlich sind die bürgerlichen Frauen auf dieses verrückte Dienstjahr verfallen, weil ihnen immer bei ihrer Forderung des Frauenstimmrechts entgegengehalten worden ist, der Mann leistet dem Staat für sein Wahlrecht auch Dienste als Soldat. (Die Erneuerung des Menschengeschlechts durch die Frau gilt beiden bürgerlichen Köpfen nicht als eine Leistung für den Staat!) Wenn die bürgerlichen Frauen für das weibliche Dienstjahr Wahlrechte erwarten, sie sich gründlich käufchen, denn schon vor vorerwähnte "Arbeiterfreund" schreibt: "Aus dieser zweijährigen Dienstzeit können natürlich irgendwelche besondere bürgerliche oder politische Rechte niemals erwachsen."

Die bürgerlichen Frauenstimmrechtskämpferinnen werden das entsezt vernehmen. Wir Sozialdemokraten haben mehr als genug an den männlichen Dienstjahren mit ihren fürchterlichen Auswirkungen. Unsere Mädchen müssen von Klein auf kämpfen und schaffen, daß sie laun wissen, wo ihnen der Kopf steht und was sie zuerst angehen sollen. Für sie gibt es keine Erholung und Ruhe, Ferien und Freiheit. Wenn die Töchter der oberen Schichten, die bisher größtenteils ihre Jugend und ihr ganzes Leben verbracht, ein soziales Jahr absolvieren wollen, hätten wir nichts dagegen, dadurch lernten sie die Leistungen arbeitender Menschenkinder anderer Kategorien schätzen, daß sie aber dann doch um ihr erträumtes Wahlrecht geprellt werden sollen, tut uns aufrichtig leid. Ober sollen sie vielleicht für ihr "einjähriges Dienstjahr" erhalten, was für "zweijährige Dienstjahre" nicht gewährt werden soll? Ein Klassenwahl!

**Verbandsnachrichten.**

**Belanntmachung des Vorstandes.**

Mit der Herstellung des Protokolls vom 11. Verbandstage soll sofort begonnen werden. Damit die Auflage reiflos abgesetzt werden kann, ist es erforderlich, daß die Zahlstellen umgehend angeben, wieviel Exemplare sie gesandt haben wollen.

Der Preis des Protokolls ist 15 Pf. pro Exemplar.

Unverkaufte Exemplare werden weder zurückgenommen noch der Preis abgerechnet.

Da es erforderlich ist, daß jedes Mitglied sich über die Beschlüsse und die Beratungen des Verbandstages unterrichtet, so ersuchen wir die Bevollmächtigten, auf das Erscheinen des Protokolls in den Versammlungen und durch die Hilfskassierer und Vertrauensmänner aufmerksam zu machen, damit zahlreiche Bestellungen erfolgen. Zur Festsetzung der Auflage bitten wir, uns die Bestellungen baldigt aufzugeben.

Mit kollegialem Gruß

Für den Vorstand  
Aug. Drey.

**Vom 6. August an gingen bei der Hauptkassa folgende Beträge ein:**

- Elbing 500,—, Eilenburg 300,—, Burg b. M. 240,—, Kolbitz 200,—, Duisburg —, 50,—, Hamburg —, 50,—, München 3000,—, Bernburg 1000,—, Leipzig 1000,—, Wittenberg b. S. 500,—, Memel 800,—, Gernshelm 18,33,—, Konstanz —, 50,—, Schöningen —, 50,—, Bremen 2000,—, Gartha 600,—, Frankfurt 1,—, Offenbach —, 50,—, Mannheim —, 50,—, Weiden 1500,—, Westphal 400,—, Magdeburg 2000,—, Ludwigs-hafen —, 50,—, Rindberg 400,—, Wolgast 300,—, Warmstedt —, 30,—, Tilsit 600,—, Königswalde 300,—, Sonneberg 200,—, Varel 880,—, Röhren 100,—, Werder 250,—, Voigdenburg 200,—, Kellinghusen 100,—, Ohlau 600,—.

Schluß: Montag, 12. August, mittags 12 Uhr.

U. Niemeier.

**Die Abrechnung für das 2. Quartal 1912 haben eingesandt:**

Gernshelm, Birges, Strehlen i. Schlef.

**Zustimmung zur Erhebung von Lokalbeiträgen**

erhielt die Zahlstelle: 2 Pf. 5 Pfg. pro Mitglied und Woche.

**Verlorene und für ungültig erklärte Bücher und Karten.**

Buch-Nr.	Name des Mitgliedes	Geburtsdatum	Eintrittsdatum	Eingetretes in
493 866	Ferdinand Grünberg	13. 12. 59	15. 1. 11	Hamburg
374 222	Max Traubt	14. 10. 74	19. 10. 09	Jüntenau
457 094	Leonhard Hoffmann	16. 8. 77	9. 8. 06	Mannheim
491 853	Emil Wegwert	15. 1. 92	13. 9. 10	Schöningen
444 939	Georg Winter	22. 12. 90	10. 11. 10	Offenbach
403 430	Gebhard Luy	3. 8. 84	15. 4. 11	Konstanz
378 958	Wihl. Harshfeld	28. 12. 79	1. 11. 09	Sonnabend
331 123	Johann Förderer	19. 12. 77	31. 1. 10	Ludwigs-hafen
455 652	Otto Lübbede	8. 11. 78	24. 11. 10	Draunschweig
350 768	Geinrich Brüdner	13. 4. 78	26. 6. 09	Stahfurt
414 744	Otto Becker	22. 11. 82	26. 3. 10	Grinma
192 391	Franz Laude	29. 7. 66	17. 2. 06	Berbst
Karten-Nr.				
19 088	Paul Geilert	1. 6. 78	28. 7. 11	Döbeln
221 951	Andreas Mrowischla	2. 9. 60	31. 12. 11	Ruffelndorf
187 384	Rafimir Kling	4. 3. 84	7. 9. 11	Weimar

**Neue Adressen und Adressen-Änderungen.**

Wandbet b. S. Vorsteher des Ausschusses: Johannes Bruhn, Lüderer Straße 119.

Wittenberge (Bez. Potsdam). Gustav Peters, Lenzener Str. 47.

Durch den Vorstand können bezogen werden zu bedeutend ermäßigten Preisen:

Dr. Erdmann, Die christlichen Gewerkschaften.  
Dr. Kulemann, Die Berufsvereine. 3 Bände.  
Korrespondenzblatt. 9 Jahrgänge (1891-99).  
"Proletarier." 3 Jahrgänge (1909-11).

## Chemische Industrie

### Die chemische Industrie Preußens im Jahre 1911.

#### III.

#### Gewerbetrankeheiten.

Ueber Gewerbetrankeheiten enthalten die Berichte der Gewerbeträger Preußens sehr wenig. Daraus kann aber nicht der Schluß gezogen werden, daß sich solche nicht ereigneten. Jedenfalls wurde diesem Gebiet recht wenig Aufmerksamkeit geschenkt oder aber mit der Berichterstattung über bekannntgewordene Fälle zurückgehalten. Wir sind nun einmal in Preußen alles gewöhnt und wissen auch längst, daß die Regierung den Unternehmern zur Seite steht. Ermittelt doch die Gewerbeinspektion in Darmstadt in einer größeren chemischen Fabrik allein über 60 Fälle gewerblicher Erkrankungen, während in ganz Preußen so gut wie gar nichts von Gewerbetrankeheiten berichtet wird.

#### 1. Bleierkrankungen.

Aus dem Regierungsbezirk Aachen wird mitgeteilt, daß die Bleiweißfabriken ein günstiges Bild bieten. Mit Ausnahme eines Falles mit 18 Krankheitsagen sollen Bleierkrankungen nicht aufgetreten sein. Dagegen wird aus Düsseldorf mitgeteilt, daß der Gesundheitszustand der Arbeiter der beiden Düsseldorf Bleiweißfabriken wenig befriedigend war. Die anhaltende Hitze hat die Arbeiter zu einem starken Genuß von kaltem Wasser verleitet, wodurch Verdauungsstörungen hervorgerufen wurden. (Ein bequemes Mittel, Bleivergiftungen auszumerzen. D. B.) Ueber die Mächtigkeit der Diagnose (ob es sich um Bleivergiftung handelt) sei es zwischen dem Fabrikarzt, den behandelnden Ärzten und dem zweiten Arzt zu Meinungsverschiedenheiten gekommen. Solche zweifelhaften Fälle kamen in einer Fabrik im Berichtsjahre 22 vor.

#### 2. Anilismus.

Der Beamte des Aufsichtsbezirks Wiesbaden berichtet, daß in den Anilinfarnefabriken trotz hoher Sommer-temperatur keine folgenschweren Erkrankungen eingetreten sind, obgleich die Fabriken voll beschäftigt waren, und auch solche Fabrikationen aufrechterhalten wurden, die wegen der Gefahren für die Arbeiter in der heißen Jahreszeit früher nach Möglichkeit eingeschränkt oder ganz stillgelegt wurden. Wenn das zutrifft, so ist dieser Fortschritt wesentlich dem Fabrikarbeiterverbände zu danken, der durch seine öffentliche Kritik die Unternehmer zur Erfüllung ihrer leider zu lange vernachlässigten Pflichten trieb. Zu verzeichnen waren: zehn leichte Fälle von Anilismus und zwei leichte Vergiftungen durch Nitroverbindungen. Dreizehn Arbeiter erkrankten an Ekzemen, die durch Staub von Nitroverbindungen verursacht waren. In drei großen Werken der Farneindustrie ist im Berichtsjahre je ein Fall von Blasenkarzinom festgestellt worden. Es handelt sich dabei wieder um Arbeiter, die erst nach langjähriger Beschäftigung bei Herstellung von aromatischen Basen erkrankten. Einer der Erkrankten war bereits 26 Jahre lang in diesem Betriebe tätig. . . . Zweier Arbeiter sind gestorben, während der dritte durch Operation am Leben erhalten worden ist. Einer der Gestorbenen hatte aus Schamgefühl verheimlicht, daß er schon lange Jahre an Blutharnen litt. Als er endlich in ärztliche Behandlung genommen wurde, war es für die Vornahme einer Operation zu spät.

#### 3. Chromerkrankungen.

Ueber die schädliche Einwirkung der Chromate enthalten die Berichte nur wenig. Der Aufsichtsbeamte des Wiesbadener Bezirkes teilt drei Fälle von Chromaterkrankungen mit. Die Erkrankten waren in der Eindampfung beschäftigt. Im Düsseldorf Aufsichtsbezirk erkrankten von durchschnittlich 140 Arbeitern fünf an Chromatgeschwüren. Die Erkrankten wurden darauf mit andern Arbeiten beschäftigt. Im Aachener Aufsichtsbezirk erlitten in früheren Jahren die Arbeiter einer Farnefabrik, in der auch Bleichromate hergestellt werden, Durchlöcherungen der Rasenscheidewand. Infolge fortwährender Verbesserungen der Betriebseinrichtungen und regelmäßiger Mund- und Nasenausspülungen sind Perforationen der Rasenscheidewand nicht mehr zu verzeichnen. Um den Austritt von Chromatstaub, der beim Entladen der Hochschmelze aus den Transportwagen entsteht, in die Atmungsluft zu verhindern, hat eine Fabrik eine Kreiselwippe gebaut. Letztere befindet sich in einem geschlossenen Gehäuse. Der Wagen wird samt Inhalt in die Kreiselwippe gefahren und die Tür des Gehäuses geschlossen. Durch die von außen erfolgende Umdrehung der Kreiselwippe wird der Wagen entleert und der Staub abgeseugt. Die ausgebreitete, abgekühlte Schmelze wird durch eine mechanische Transportvorrichtung den Extraktoren zugeführt.

#### 4. Sonstige Erkrankungen.

Der Hildesheimer Aufsichtsbeamte berichtet von Erkrankungen der Arbeiter einer chemischen Fabrik an Nickseltflechte. Der Verlauf der Krankheit kennzeichnete sich durch Rötung einzelner Hautstellen, verbunden mit Schwellung und Juckreiz. Neben dieser Stellen erzeugte nässende Flächen, auf denen später Schorfbildung eintrat. Die Häufigkeit und Intensität dieser Erkrankungen gegen welche sich Schwefelbäder wirksam erwiesen, schienen bei höheren Lufttemperaturen zuzunehmen.

#### Schädliche Abgase.

Bekannt sein dürfte unsern Kollegen, daß manche Abgase chemischer Fabriken böse Eigenschaften besitzen und schädlich auf Pflanzen, Tiere und Menschen einwirken. Die Nachbarn einer Superphosphatfabrik im Königsberger Aufsichtsbezirk beschwerten sich über die schädlichen Abgase. Abhilfe wurde erst nach andauernder Beschwerdeführung dadurch geschaffen, daß die fluorhaltigen Gase durch verbesserte Absorptions-Einrichtungen niedergeschlagen und der Rest der Gase durch einen 60 Meter hohen Schornstein abgeführt wurden.

#### Arbeitszeit.

Ein persönliches Schuttmittel gegen die Gesundheitsgefahren der Arbeit ist die Arbeitszeitverkürzung. Leider ist sie

nicht in dem Maße, als es wünschenswert wäre, durchgeführt. Um so erfreulicher ist daher die Konstatierung der Tatsache, daß der Kölner Beamte von der Einführung der Achtstundenschicht in der Ralkstoffabrik in Knappsch berichtet kann. Der Achtstundentag, der bei den Karbidöfen vorgeschrieben ist, wurde im Berichtsjahre unter Beibehaltung der alten Löhne auf das ganze Werk ausgedehnt.

#### Nachtarbeit.

Eine eingehendere Würdigung erfahren unter andern die Fragen über den Umfang der Nachtarbeit und „Wie ist für die Befriedigung des Lebensbedürfnisses für die Arbeiter gesorgt?“

Die Erhebung über den Umfang der Nachtarbeit ist leider nicht nach einheitlichen Gesichtspunkten erfolgt bzw. veröffentlicht. Nur ein Teil der Aufsichtsbezirke gibt in spezialisierten Tabellen die Zahl der beschäftigten und die Zahl der Nachtarbeit verrichtenden Arbeiter, nach Industriezweigen geordnet, an. Zwei Tabellen geben Einzelbetriebe an, in denen regelmäßig Nachtarbeit erfolgt. Natürlich ist die chemische Industrie, soweit es sich um Produktionsprozesse handelt, die kontinuierliche Wärmezufuhr und -abfuhr erfordern, mit am stärksten vertreten. In 218 chemischen Betrieben mit 44 050 Arbeitern waren 8 935 Arbeiter mit Nachtarbeit beschäftigt, was einer Durchschnittsziffer von 20,3 Prozent entspricht. Auf die einzelnen Aufsichtsbezirksergebnisse, die in der Regel unter den Worten „Chemische Fabriken“ alle chemischen Betriebe des Bezirks zusammenfassen, ergeben sich abweichende Durchschnittszahlen, die allgemein zwischen 7 bis 30 Prozent schwanken, im Bezirk Köln 50 und im Bezirk Trier sogar 60 Prozent der Arbeiterschaft betragen. Die letzte Zahl erscheint uns besonders hoch. Es müssen dort eigenartige Umstände herrschen, die eine Nachtarbeit in solchem Umfange erheischen. Auch Köln hat eine abnorm hohe Durchschnittszahl aufzuweisen, während im Bezirk Düsseldorf, in dem die Elberfelder Farbwerke liegen, durchschnittlich 30 Prozent und im Bezirk Wiesbaden mit den Höchstler Farbwerken 13 Prozent der Arbeiter Nachtarbeit verrichten müssen. Auch für den Landespolizeibezirk Berlin ergeben sich für eine Anilinfabrik 33 Prozent Nachtarbeiter. Die Dauer der Schichten ist meist 12 Stunden einschließlich der Pausen. Unter den 8935 Arbeitern mit Nachtarbeit sind nur 491, die eine Achtstundenschicht haben. Davon entfallen 401 Arbeiter auf den Düsseldorf Bezirk, also vorwiegend auf die Elberfelder Farbwerke, und 90 Arbeiter auf die Kunstseidefabriken im Aachener Aufsichtsbezirk. Für die soziale Einsicht der Unternehmer in der gut rentierenden chemischen Industrie ist die Tatsache, daß nur ein verschwindend kleiner Teil der Arbeiter kontinuierlicher Betriebe die Achtstundenschicht hat, ein beschämendes Zeugnis.

#### × Judasgelder der Badischen Anilin- und Sodafabrik.

Die „Augsburger Postzeitung“, das bayerische führende Zentrumsorgan, läßt sich aus Ludwigshafen folgendes berichten: „Es ist eine schon lange bekannte Tatsache, daß die gelben Gewerkschaften nur bestehen können, weil sie finanziell unterhalten werden durch die Beiträge der Arbeitgeber. Das gleiche ist auch der Fall bei der gelben Gewerkschaft, dem Arbeiterverein der badischen Anilin- und Sodafabrik. Am 28. Juli hat derselbe eine außerordentliche Generalversammlung in Ludwigshafen abgehalten. Die dabei vorgelegte Jahresabrechnung enthält folgende Angaben: Die Beiträge der Fabrik betragen für 3894 Mitglieder 87 444 M., die ordentlichen Mitglieder leisteten 3875 M., die außerordentlichen Mitglieder 5108 M. Mit den Zinsen von 1509 M. betragen die Gesamteinnahmen 97 936 M. Die Beiträge der ordentlichen Mitglieder stehen also in gar keinem Verhältnis zu den Beiträgen, welche die Fabrik, die Arbeitgeberin, für diese Arbeiterorganisation leistet. Dazu kommt, daß die Fabrik eine Dreifachreinigung gegründet hat, und daß sie im Begriff ist, ein großes Vereinshaus zu bauen. Man sieht, die Badische Anilin- und Sodafabrik bemüht sich, nach berühmten Mustern ihre Leute bei der Stange zu halten. Sie weiß, warum diese gewaltigen Summen in dieser Form verwendet werden. In besagter Versammlung ist auch beschlossen worden, dem Bunde badischer Arbeitervereine beizutreten.“

Mit der Seelenkäuferei der Anilinfabriken soll es anscheinend nun richtig losgehen. Mit den harmonischen Tönen der gelben Dreifachreinigung sollen die bereits auf den Leim gekochenen Arbeiter festgehalten werden, was die Direktion am wirkungsvollsten dadurch erreichen hofft, daß sie in Zukunft die gesellschaftlichen Zusammenkünfte der gelben Arbeiter im eigenen Vereinshaus arrangieren lassen wird. Öffentlich denken die bereits meist zwangswegig gelb gewordenen Anilinarbeiter einmal darüber nach, welche Rolle ihnen zugemutet wird.

#### × Chloralkali zum Reinigen der Hände von Nitroverbindungen.

Wir entnehmen der „Zeitschrift für Gewerbehygiene“: „Da sich Nitroverbindungen mit Seife zu Wasser umsetzen, die an der Haut fest haften, so kann gewöhnliche Seife nicht zur Reinigung der Hände von Nitroverbindungen dienen. Ing.-Chemiker Dr. Sacher in Düsseldorf empfiehlt als Grund langjähriger Erprobung als bestes Waschmittel für die Hände Chloralkali. Da der Chloralkali mit Seife die Eigenschaft der Schaumbildung teilt, so wirkt er nicht bloß chemisch, sondern mechanisch reinigend und vermag die Hände in kurzer Zeit von allen metallischen Verunreinigungen und Metallverbindungen zu befreien. Er ist in dieser Hinsicht ein vorzügliches Waschmittel und sollte in allen metallverarbeitenden Betrieben, insbesondere dort, wo Blei, Quecksilber, Kupfer, Antimon, Arsen, Wismut, Zinn, Chrom und Mangan, sei es in metallischer Form, sei es in Form von Verbindungen, verarbeitet werden, Verwendung finden. Die stark desinfizierende Wirkung des Chloralkalis bietet in hygienischer Beziehung noch einen weiteren Vorteil. Der Chloralkali als Waschmittel keinerlei schädliche Wirkungen auf die Haut und das Blut. Selbst aufgesprangene Hände können ohne Schaden mit Chloralkali gewaschen werden.“

Der Anschauung, daß Chloralkali als Waschmittel keinerlei schädliche Wirkungen auf die Haut ausübt, können wir nicht beitreten. Nach den von uns selbst gemachten Erfahrungen leiden besonders die Farbenarbeiter, die Chloralkali regelmäßig zum Reinigen der Hände verwenden, an starkem Schweißausbruch. Die Haut der Hände wird spröde und die Fingernägel werden weiß. Sollte das Dr. Sacher nicht wissen?

#### × Ein neues Sprengpulver.

Ueber eine neue Sprengpulverart referierte auf der Hauptversammlung des Vereins deutscher Chemiker in Freiburg Dr. Reichling aus Ludwigshafen. Das neue Pulver soll die Eigenschaften besitzen, daß es bei seiner Explosion nur wenig oder gar keinen Rauch entwickelt. Es existieren heute zwar rauchlose Sprengstoffe, die in der Regel durch Einwirkung von Salpetersäure auf Baumwolle, Zellulose, Holzkohle, Glycerin usw. hergestellt werden. Damit hat das neue Pulver nichts gemein, sondern es ist in seiner Beschaffenheit mehr mit dem Schwarzpulver, das aus Kalisalpeter, Schwefel und Kohle besteht, verwandt. Der Herstellungsprozess geschieht aber auf nassem, also weniger gefährlichem Wege, was beim Schießpulver nicht möglich ist, weil sich Schwefel und Kohle nicht im Wasser lösen. Kalzig löst Kalisalpeter und Kalisulfat oder Natriumsulfat in Wasser auf. Die Lösung wird zum Trocknen verdampft. Der Trocknungsprozess geht auf einer bis 100 Grad Celsius erhitzten Walze kontinuierlich vor sich. Nur

kleine gerade auf der Walze befindliche Quantitäten werden immer der Trocknung unterworfen, und das getrocknete Material durch Messer abgeschabt. Die getrockneten Mengen werden fortwährend weggeräumt, so daß Explosionen auf das denkbar geringste Maß eingeschränkt werden. Bisher hat man bei Herstellung von Schwarzpulver und rauchlosem Pulver zum Beispiel Schießbaumwolle in immer größeren Mengen auf einmal getrocknet. Bei dem Kalzigischen Prozess wird der gefährliche Umstand verringert. An Stelle des teuren Kalisalpeters wird der billigere Natriumsalpeter verwendet, so daß das neue Pulver an Stelle des Schwarzpulvers infolge seiner Billigkeit verwendet werden kann. Einen Nachteil hat das neue Pulver insofern, weil es leichter Wasser anzieht als Schwarzpulver. Dem kann jedoch durch zweckentsprechende Packung und Aufbewahrung gesteuert werden.

#### × Unfall-Diäte.

Eine Naphthalinexplosion erfolgte am 7. August vormittags kurz nach 10 Uhr in der Zementfabrik der Aktiengesellschaft Rütgerswerke in Erlner. Mit einer gewaltigen Detonation flog ein Teil des Fabrikdaches in die Luft, und in wenigen Minuten schossen die Flammen aus den geborstenen Fenstern heraus. Da in dem Raume, wo die Explosion erfolgt war, mehrere Arbeiter beschäftigt waren, so befürchtete man den Verlust von Menschenleben. Wie durch ein Wunder waren aber die gefährdeten Arbeiter der Gefahr entgangen, nur der Arbeiter Krüger erlitt unversehrte Verbrennungen an Kopf und Händen.

## Zement- und Ziegel-Industrie

### Wirtschaftskämpfe in der Zementindustrie.

Vorgänge, die großes Interesse beanspruchen, weil sie ganz eigenartige Verhältnisse in der Zementindustrie spiegeln, sind zurzeit aktuell. In dieser Industrie haben sich widersprechende und den Allgemeininteressen entgegenstehende Verhältnisse herausgebildet. Der Boden, dem sie entwachsen, ist die vielbesprochene Kartellpreispolitik. Indem die Verbände nach Herzenslust die Preise hinausschraubten, erschlossen sie zunächst den Werken eine sehr ergiebige Profitquelle. Diese gab dann auch den Anreiz zur Erbauung neuer Werke und der Erweiterung schon bestehender Anlagen. Neben den Verbandsfabriken entstanden Außenseiter, die die Situation ausnutzten. Durch geringe Unterbietung der Syndikatspreise fanden sie einen genügenden Abnehmerkreis, während die Verbandswerke mehr und mehr auf volle Ausnutzung ihrer Leistungsfähigkeit verzichten mußten. Diese Entwicklung gab heftigen Anreiz zu Preiskämpfen zwischen Syndikat und Außenseitern. Zu diesen kann man auch die ausländische Konkurrenz rechnen, die besonders an den Landesgrenzen einen ausnahmewilligen Markt vorfand. Zu den Leuten, die den Verbänden durch Preisunterbietung das Leben sauer machten, gehörten sogar Verbandsmitglieder. Als solche beschloffen sie hohe Syndikatspreise, dann aber gründeten sie Außenseiterwerke, mit denen sie den Verbandsfabriken Konkurrenz machten. Jedenfalls muß sich das Geschäft gelohnt haben, sonst würde es nicht praktiziert worden sein.

Die Folge solcher Fälle kam in Verbandsverdröbenheit zum Ausdruck. Die angeschlossenen Fabriken waren genötigt, die Produktion mehr und mehr einzuschränken, dagegen führten die Nichtverbandswerke ein üppiges Leben. Manche Verbände fielen auseinander, der Wettkampf wurde verschärft. Dabei blieben die Bestrebungen, durch neue Verbände mit breiterer Grundlage und festem Gefüge einen bestimmten Einfluß zu gewinnen, lebendig. In dieser Beziehung hat man im laufenden Jahre auch gute Erfolge erzielt. Zwar tobt noch der Kampf um das rheinisch-westfälische Zement Syndikat, aber hier handelt es sich doch weniger um grundsätzliche Gegnerschaft als vielmehr um einen Versuch, die unhaltbare Situation, daß einzelne Leute gleichzeitig Verbandsmitglieder und Außenseiter sind, zu beseitigen. Auch die Quotenfrage spielt eine Rolle dabei. Nach der „R. Z.“ hat sich eine Vereinigung der leistungsfähigsten westfälischen Werke gebildet, der im Falle der Auflösung oder Neugründung des rheinisch-westfälischen Zement Syndikats eine bei dem dann ausbrechenden Wettkampfe führende Rolle zufallen dürfte. Diese Vereinigung ist bestrebt, sich noch andre Werke anzuschließen. Dazu wird noch gemeldet, daß der Vereinigung insbesondere die Bekumer Werke, darunter die A.-G. Markt angehören. Die Werke, die sich zu einem Zusammenarbeiten im Falle der Syndikatsauflösung vereinigt haben, sind der Ansicht, daß das Syndikat bereits am Schlusse des laufenden Jahres sich auflösen werde. Bekanntlich haben einige Werke den Lieferungsvertrag mit dem Syndikat für Ende 1912 gekündigt und auch ein Urteil des Oberlandesgerichts Hamm erzielt, nach dem mit dem Aufhören des Lieferungsvertrages auch der eigentliche Kartellvertrag, der an sich erst Ende 1913 abläuft, hinfällig sei. Das Reichsgericht hat indes auf die Revision des Syndikats hin das Urteil des Oberlandesgerichts aufgehoben und diesem aufgegeben, zu untersuchen, ob die Kündigung des Lieferungsvertrages einen wichtigen Grund zur vorzeitigen Auflösung des Kartellvertrages darstelle. Wenngleich dieses Urteil den Weiterbestand des Syndikats vorläufig noch garantiert, wird doch in den Kreisen der rheinisch-westfälischen Zementindustrie nicht daran gezweifelt, daß der Kartellvertrag mit dem Lieferungsvertrag fallen und stehen werde, zumal da das Reichsgericht in seinen Entscheidungsrunden darauf hingewiesen habe, daß die Lieferungsverträge des Syndikats überhaupt wegen ihrer mangelnden notariellen Beurkundung ungültig seien. Die Erneuerung des Syndikats hält man wegen der ablehnenden Haltung der Wittinger Portlandzementwerke sowie des Bonner Bergwerks- und Hüttenvereins für nahezu ausgeschlossen. Im übrigen besteht nun eine Reihe von Syndikaten und Verbänden, die teilweise wieder untereinander in Verbindung stehen und so ziemlich den ganzen deutschen Markt beherrschen. Und man hat bereits auf der ganzen Linie durch ein Heraufsetzen der Preise die praktischen Konsequenzen gezogen, was ja doch schließlich der einzige Zweck der ganzen Übung ist.

Erfahrungsgemäß ist nun die Frage der Konkurrenz bedeutungsvoller denn je. Jede neue Produktionsvermehrung muß die Beteiligung der vereinigten Werke einschränken. So konnte es denn auch nicht fehlen, daß die Nachricht, der bekannte Großindustrielle August Thyssen wolle auf seiner Besichtigung in Müdersdorf bei Berlin eine große modern eingerichtete Zementfabrik errichten, große Aufregung und Bestürzung hervorrief. Thyssen als kapitalstärkter, routinierter Geschäftsmann war zu fürchten. Sein

Erscheinen als Zementlieferant konnte die Berliner Zementzentrale in die Luft sprengen, aber deren Nachbereich hinaus verheerend wirken, oder man war gezwungen, jede Forderung Thysens in bezug auf die Beteiligung anzunehmen. Wie diesen Gefahren begegnen? Man versuchte es mit Interventionen bei Behörden, damit sie die Anlage des geplanten Werkes hintertrieben. Der Versuch scheint keinen Erfolg zu versprechen. Nun soll Thysen abgefunden werden, d. h. die Syndikatswerke sollen eine bedeutende Entschädigung an ihn zahlen, wenn er auf die Errichtung der Fabrik verzichtet. In dieser Angelegenheit meldete das „Berliner Tageblatt“ folgendes:

„In den nächsten Tagen finden Sitzungen der Berliner Zementzentrale sowie der Verwaltung der Adler-Zementwerke statt, die sich mit den zwischen den Berliner Zementwerken und August Thysen geführten Verhandlungen beschäftigen werden. Der Vertreter der Zementzentrale und Vorsitzende des Aufsichtsrats der Adlerwerke, Justizrat Hirschel, hat Herrn August Thysen ein Kaufangebot für das Rübendorfer Unternehmen in Höhe von 6 400 000 Mk. unterbreitet, das Herr Thysen abgelehnt hat. Nunmehr hat der Vertreter der Zementzentrale mit Herrn Thysen neue Verhandlungen auf Basis einer für zehn Jahre vorgesehenen jährlichen Entschädigungszahlung eingeleitet für den Fall, daß Thysen auf den Bau einer Zementfabrik verzichtet. Sowohl in Kreisen der Zementzentrale als auch der Adler-Zementwerke besteht gegen die Thysen unterbreiteten Offerten lebhafter Widerspruch, einmal, weil die Offerten an und für sich als viel zu hoch angesehen werden, und zweitens, weil ganz außer acht gelassen ist, daß gegen den Bau der Thysenschen Zementfabrik in Rübendorf aus vorliegenden lokalen Interessen sich ein starker Widerspruch geltend gemacht hat, der vorläufig zur befürwortlichen Sistierung des Baues von Kallbrenn führte.“

Daß es sich bei der Sistierung nur um eine vorläufige, aber keine endgültige handelt, geht schon genügend aus dem Entschädigungsangebot hervor. Der Protest bezweckt nur, den Tribut an Thysen, wenn möglich, etwas zu reduzieren. Jedenfalls will man eine ganz bedeutende Entschädigung zahlen für die Verpflichtung, nicht zu produzieren. Da merkt man doch, wie leicht Geld verdient werden kann. Auch beweist der Vorgang, daß man mit gewaltigen Gewinnen rechnen, sonst wäre ein solches Angebot überhaupt ausgeschlossen. Man erkennt aber auch, wie wenig stichhaltig der Einwand der Unternehmer ist, wenn sie mit Hinweis auf die Geschäftslage die beschiedenen Forderungen der Arbeiter ablehnen.

Ein Gegenstück zum Falle Thysen spielt sich in Oberschlesien ab. Die Montanwerke wollen die von dem dortigen Zement-Syndikat normierten Preise nicht zahlen. Da sie kein Entgegenkommen fanden, wurde die Errichtung einer eigenen Fabrik ins Auge gefaßt. Es gründete sich eine besondere Gesellschaft, die Oberschlesische Montanementgesellschaft in Oppeln-Saarau. Sie erwarb zwecks Erbauung einer Fabrik 400 Morgen Land zum Preise von 800 000 Mk. Nun, da dem Oberschlesischen Syndikat es bald auf die Nägel brannte, hielt man ein Eingehen auf die Wünsche der Montanwerke für opportun. Wie gemeldet wird, ist nun durch die Bewilligung von Vorzugpreisen der Verzicht auf die Erbauung der beschriebenen Fabrik erreicht worden. Hier wie dort müssen die anderen Konsumenten natürlich die Kosten tragen. Ist keine Konkurrenz mehr zu befürchten, dann bringen die Syndikate durch Preisausschläge für die nicht begünstigten Abnehmer die Kinderlosigkeit und die an Thysen zu zahlenden Entschädigungen für den Produktionsverzichts wieder herein. Es ist auch darauf zu rechnen, daß diese Entwicklung die Propaganda für einen Schutzoll auf Zement erneut befruchtet. Schalten die Verbände die inländische Konkurrenz auch vollständig aus, so doch nicht die ausländische. Bei weiteren Steigen der Inlandpreise wird vielmehr die Errichtung von Werken im Ausland nahe der Grenze das Aufkommen einer neuen und verschärften Konkurrenz begünstigen. Das soll das Aufziehen einer hohen Zollmauer verhindern. Dabei hört man auch wieder die Phrase vom Schutz der nationalen Arbeit und der rühmlichen Auslandskonkurrenz. Daß dem letzteren Einwand die Berechtigung erzwangt, beweist die hervorragende Konkurrenzfähigkeit der deutschen Zementindustrie auf dem Weltmarkt. Lassen wir die Außenhandelsstatistik sprechen. Danach betrug im ersten Halbjahr

	1911	1912
die Einfuhr	1 312 465	1 265 805
die Ausfuhr	3 700 927	4 495 773
der Ausfuhrüberschuß	2 388 262	3 129 968

Im laufenden Jahre ist demnach die Ausfuhr und der Ausfuhrüberschuß ganz bedeutend gestiegen. Die Einfuhr macht noch nicht ein Drittel der Ausfuhr aus. Bei solchen Verhältnissen und bei solcher Entwicklung kann man doch schlichterdinges nicht mehr von unaltemer und vernünftiger Auslandskonkurrenz reden, höchstens von einer vernünftigen deutschen Konkurrenz für das Ausland. Es wäre direkte Provokation, unter solchen Umständen durch Fülle die ausländische Konkurrenz gänzlich auszuschalten.

— Ein organisiert Organisationsfeind.

In Offen a. Rhur liegt die Ziegelei Hattmann u. Hünemeyer, die von einem Ziegeleimeister Bolter aus Stommen in Offen geleitet wird. Dieser gute Mann ist anscheinend eines jener Elemente, die sich dem Geiste der Zeit mit aller verfügbaren Kraft entgegenstellen, um eine durchgehende Besserung der heimischen Lebensbedingungen zu verhindern. Die Ziegeleiindustrie zu verhindern, denn er ist ein Feind der Arbeiterorganisation. Aus welchen Gründen er das ist, ob er sich aus dem mangelhaften Zustände einen großen Vorteil verschafft als bei gewöhnlichen modernen Verhältnissen, soll nicht untersucht werden. Aber ohne Grund heißt er die Arbeiterorganisation feindlich. Ein Meister oder Unternehmer, der seinen Arbeiter Schutzlosigkeit verschaffen läßt, der dem Arbeiter gibt, was des Arbeiters ist, der braucht die Organisation nicht zu fürchten.

Ein Mann ist Meister Bolter ein Feind der jugendlichen Arbeiter. Damit diese nicht dem Wahlgang verfallen und ihre Mieber gelegentlich abgeben, hat er sie dieses Frühjahr, genau wie die erwachsenen Arbeiter, nämlich 12 Stunden gezwungen. Derenfalls dachte er als guter Christ an das Höchste: „Lasset die Kleinen zu mir kommen.“ Nun waren aber auf der Ziegelei auch die vier „Kügel“, die in dem Verbanne angehört haben und die so gar kein Verbotnis für die angelegliche Abschaffung der jugendlichen hatten. Sie saßen bei den Kübeln mit der Nase auf die Pfeifen der Schornsteine und nachheren ihm damit natürlich keine große Freude, er konnte die Jugendlichen jetzt nur noch 10 Stunden zwängen. Die „Kügel“ waren aber auch jetzt noch nicht zufrieden, sondern sie wollten herausgefunden haben, daß man die Uhr des Meisters nicht eigenmächtig ging. Im Beginn der Arbeit ging sie regelmäßig vor und bei der Pausenpause ging sie nach, so daß die 12 Stunden ziemlich wieder zusammenkamen. Als der gute Meister, der natürlich für die Sittensprüche seiner Uhr nicht verantwortlich ist, darauf aufmerksam gemacht wurde, war er berast „entrüstet“, daß er dem „Hauptbrieger“ sofort kündigte und drei andern die Kündigung androhte, worauf die letzteren sofort reagierten und selbst kündigten.

Die vier Kollegen suchten sich nun andre Arbeit und fanden auch solche. Sie hatten aber dabei die Rechnung ohne die Heimtücke des Ziegeleimeisters gemacht. Diese „Herren in Weißschonform“ hatten nämlich in derselben Zeit Veranlassung, was die „Unbotmäßigkeit“ der vier Kollegen breitgetreten wurde. Die guten Ziegeleimeister beschlossen dann, die Uebelthäter auf die schwarze Liste zu setzen, da sie ja auch, wie Meister Bolter betonte, bei der Arbeit nicht genügend leistungsfähig waren. Als die Kollegen nach abgelaufener Kündigung ihre neue Arbeitsstelle antraten wollten, wurde ihnen eröffnet, daß sie auf Befehl der Meisterverammlung nicht eingestellt werden dürften. Drei Tage vor Ablauf der Kündigung hatte Meister Bolter die „nicht leistungsfähigen“ Arbeiter aber noch gebeten, doch bei ihm zu bleiben, und einem bot er sogar bessere und lohnendere Arbeit an, wenn er bliebe. Daraus ergibt sich, daß die Arbeiter nicht ihrer Arbeit wegen auf die schwarze Liste gesetzt wurden, sondern nur weil sie sich unterstanden hatten, den Meister auf seine gefühllose, moralische und menschliche Pflicht hinzuweisen. Die Arbeiter sind es also, die die meisterlichen Gesetze der Arbeiter auf die Bahnen des Rechts zu führen bestrebt waren, und dafür sollten sie von den Meistern, die sich bei jeder Gelegenheit als gute Patrioten und Christen aufspielen, bestraft werden.

Meister Bolter hätte aber Ursache, nicht immer gleich den Enttäuschten zu markieren und nach Rache zu streben, denn er ist ja auch noch nicht als Baron gestorben; vielleicht wird auch er noch einmal in die Ziegelei gelassen. Uebrigens sollte er sich etwas mehr um die in seinem Betriebe herrschenden Uebelstände kümmern. So gleicht mitunter der Schilftraum einem Geflügelstall. Gänse, Enten, Hühner und Tauben treiben dort ungehindert ihr Unwesen, was fernerlich nicht zur Keimfähigkeit beiträgt. Dimalts müssen die Arbeiter beim Einnehmen der Maßheiten erst den Geflügelmist von den Tischen entfernen. Zum Gluck fehlt es ihnen bei der Schinderei nie an einem guten Appetit. Auch die Wascheinrichtung ist verheerungsbedürftig. Für 20—25 Mann sind 3—4 Waschbeden vorhanden, so daß es den Arbeitern gar nicht möglich ist, vor Arbeitsbeginn dem Keimigkeitsbedürfnis Rechnung zu tragen.

Derartige Zustände können natürlich nur einer uneinigen Arbeitererschaft geboten werden. Und der Meister sorgt schon durch die Zusammenführung der Arbeitererschaft, daß eine Einigkeit nicht so leicht erzielt wird. Da sind Sippen, Schliefer, Italiener usw. vertreten, die dann gegeneinander ausgespielt werden, damit sie ja nicht empfinden, daß sie alle ohne Unterschied zusammengehören, als Arbeiter alle an einem Stränge ziehen müssen. Die Organisation, die das Zusammengehörigkeitsgefühl wecken, die Einigkeit herbeiführen will, wird natürlich mit den lächerlichsten Mitteln zu hintertreiben versucht. Kommt ein Fremder, vielleicht gar ein Verbandskassierer, nach der Ziegelei, so wird er hinausgewiesen; diebeinige und auch zweiseinige Käffende Räder umtreiben den Betrieb, um jeden Eindringling fernzuhalten, damit der Gelbbettel von Meister und Arbeiter verschont und gespart bleibt. Aber gerade dieser Kampf gegen die Arbeitervereine mußte die Arbeiter stutzig machen, denn, wie gesagt, die Meister und Arbeiter bemühen sich nicht ohne Grund, die Arbeiter organisationslos zu halten, — organisationslos heißt wehrlos.

— Vom Terror der Zementfabrikanten.

Mit welcher Rücksichtslosigkeit die Unternehmer ihre Organisationsrecht ausnutzen, wie brutal sie alle ihre Machtmittel anwenden gegen Arbeiter, die nicht alle Schlänen geduldig hinnehmen, mit jeder Entlohnung zufrieden sind, beweist folgendes vertrauliche Rundschreiben der Schönebecker Arbeitgebervereinigung, das uns der bekannte günstige Wind auf den Tisch wehte:

Schönebeck a. d. Elbe, den 23. Juli 1912.

Vertraulich. P. P. Die Sächsisch-Thüringische Portlandzementfabrik Schönebeck a. d. E. teilt uns mit, daß nachstehend aufgeführte Arbeiter plötzlich die Arbeit niedergelegt haben und bitten uns, diese Leute vierzehn Tage im Verbandsbezirk auszusperrten. (Folgen die Namen von zehn Arbeitern.) Wir bitten Sie, dem Wunsch genannter Firma nachzukommen und zeichnen

hochachtungsvoll Arbeitgebervereinigung von Schönebeck und Umgegend. J. B.: Dr. Max Püder.

Die Arbeiter haben also nichts weiter getan, als ihr Arbeiterverhältnis gelöst. Nicht etwa unter Verabredung mit dem Zweck, die Fabrik zur Aenderung der Arbeitsbedingungen zu zwingen, sondern nur, um für sich andere, bessere Arbeitsstellen zu suchen. Und dafür tritt die schwarze Liste der Unternehmer in Tätigkeit! Dabei ist der Unterzeichner des Schreibens, Dr. M. Püder, bekannt als ein Unternehmer, der bei der Entlassung von Arbeitern mit einer Rücksichtslosigkeit vorgeht, die kaum noch überboten werden kann. Wären die Zementarbeiter so gut organisiert wie ihre Unternehmer, könnten sie dem Terrorismus der Unternehmer leicht Grenzen setzen. Hoffentlich sehen sie das ein und beileben sich, das Verfaulende nachzuholen.

— Arbeiterrisiko.

In der Dampfzuckerfabrik von Voigtsberg bei Delsnigk l. W. verunglückte kürzlich der Arbeiter Ernst Jakob aus Voigtsberg durch Vereingehen einer Lehmwanne. Jakob, der Vater von zwei Kindern ist, erlitt einen schweren Unterschenkelbruch. In seiner hilflosen Lage verblieb der Verunglückte zirkulär zwei Stunden, bis ihn endlich die Delsniger Sanitätskolonne in seine Wohnung transportierte. Einen so schweren Verunglückten so lange liegen zu lassen, ist unverantwortlich. Wer trägt hier die Schuld? Die Delsniger Sanitätskolonne, die so lange auf sich warten ließ, oder den Arbeitgeber? Der im Dienste des Kapitals Bemühten hätte zweifellos verdient, daß mehr Rücksicht mit ihm genommen worden wäre. Im Vorjahre ist übrigens ein ähnlicher Unfall passiert, der, da er denn wohl angebracht, wenn der Ursache zu den Umständen ein wenig nachgespürt wird. Vielleicht bekümmert sich auch die Gewerkeinspektion ein wenig darum. Die Lehmwanne ist ungefähr fünf Meter hoch und teilweise mit Steinschichten durchzogen. Aus diesem Grunde wird der Lehm nicht gefaßt, sondern gepreßt. Es kommt in dessen oftmals vor, daß die Schiffe nicht richtig werden, wodurch die Masse zwar gefestigt wird, aber nicht vollständig hereinbricht. Nachträglich löst sich oft ein Teil derselben los und trifft den abwärts unten beschäftigten Arbeiter, wie es sich auch in diesem Falle zugetragen. Tags zuvor hätte sich eine ähnliche Katastrophe ereignen können, wenn die Arbeiter das Vereingehen der Waage nicht noch rechtzeitig genug bemerkt hätten.

Durch die Unfallversicherungsbedingungen soll das Leben der Arbeiter geschützt werden. Das ist aber nicht der Fall, wenn der Arbeiter unweit einer so hohen, fest verankerten Lehmwanne seine Arbeit verrichten muß. Der Arbeiter, der — wie hier — im Notfall beschäftigt ist, geht in seiner Beschäftigung voll und ganz auf, und achtet nicht darauf, was sich über ihn abspielt, sein Trachten ist nur darauf gerichtet, ein für die Familie möglichst ausreichendes Stück Brot zu verdienen. Laut Vorschrift hat der Unternehmer dafür zu sorgen, daß der Abbau des Lehmes richtig erfolgt. Kommt er dem nicht nach, so ist er für den Unfall verantwortlich. Infolge der sehr schnell gefaßten, aber es dauert oftmals sehr lange, ehe der Verletzte zu seinem Rechte gelangt. Sehr selten findet man, daß die Verletzten in ihrem Arbeitgeber einen Fürsprecher bei den Versicherungsstellen und einen Vertreter bei existierenden schiedsgerichtlichen Verhandlungen erhalten. Es ist das bedauerlich, zumal sich die Verzeite zum weitaus größten Teil bereit fühlen, den Versicherungsstellen als Penitenzquartier zu dienen. Die Wüsten der Versicherungsstellen mahlen bekanntlich sehr langsam, aber sicher — allerdings meistens zum Schaden der Verletzten. Der Unternehmer tut dem Verunglückten gegenüber aber auch seine Pflicht. Er zahlt für ihn — die Unfallversicherungsbeiträge, die der Arbeiter vorher erarbeiten muß.

— Schönebeck a. d. E. Mit einem Beien scheint man jetzt auf der hiesigen „Germania“ zwischen die alten Arbeiter fahren zu wollen. So hat es Herr Dr. Püder wenigstens, einen alten Arbeiter, welcher 46 Jahre (schonwiderzig Jahre) dort beschäftigt war, plötzlich zu entlassen, weil er nach Aussage des Herrn Doktor zu langsam arbeitet. Punktum! Das alte Lied. Erst läßt man den Proletarier 46 Jahre wehnen schaffen und dann, wenn die Kräfte angebracht sind, gibt es den Ablass. Wie wir hören, sollen noch mehrere alte Arbeiter auf diese Weise weg. Warum? Es besteht für den Betrieb ein Verbandsinteresse daran, daß alle Arbeiter, welche hier durch jahrelange Schönebecke Zavalben geworden sind, eine moralische Kräfte erhalten sollen. Letzteres soll nun wahrscheinlich durch diese Art

Entlassungen verhindert werden. So sehen in Wirklichkeit die hochgepreisten Wohlfahrtsvereinigungen aus. Bestens hat man es sogar versucht, sich nach dem Gesundheitszustand eines alten Invaliden zu erkundigen — der erhält das Unabgeschliffene schon mehrere Jahre — um festzustellen, ob er nicht noch arbeiten kann. Wir fragen: Wo bleibt die hochgepreiste Humanität? Wer beschäftigt diese entlassenen Arbeiter noch? Ist es ein Wunder, wenn durch solche Maßnahmen ein alter Mann zur Verzweiflung getrieben wird? Mögen alle Arbeiter hieran erkennen, daß nur durch Zusammenschluß in der Organisation ein angemessener Lohn erzielt werden kann. Dann können sie auf die Unabgeschliffene der „Germania“ pfeifen.

— Wiesdorf. Endlich haben auch die Arbeiter der in der Umgebung liegenden Ziegeleien begriffen, daß es eine absolute Notwendigkeit ist, sich zu organisieren, um gemeinsam ihre Lage zu verbessern. Ist es doch kein Vergnügen, von früh um 1/8 Uhr bis spät um 1/8 Uhr bei schwerer Arbeit sein Brot zu verdienen. Bei dieser über alle Maßen langen Arbeitszeit bleibt den Leuten gar keine Zeit übrig, um Mensch zu sein. Abgeradert geht man in die Kantine zurück, reinigt sich, nimmt das Nachtessen ein, dann sieht man sich nach Ruhe, um am nächsten Tage wieder sich in die Teufelmühle der eintönigen Arbeit zu stellen. Auch am Sonnabendabend wurde erst um 7 1/2 Uhr der Schluß gemacht. Im Auftrage der Leute wandte sich nun die Verbandsleitung an die Ziegeleimeister mit dem Ersuchen, den Arbeitschluß des Sonnabends um 6 Uhr einzuweisen zu lassen. In einer stattgefundenen Verhandlung einigte man sich dahin, daß um 6 1/2 Uhr Schluß sein sollte. Auch die Arbeiter waren damit einverstanden und sahen sofort ein, daß nur durch geschlossenes Vorgehen etwas zu erzielen ist. Dies muß aber unbedingt auch die Arbeiter einleuchten, die sich noch nicht unserer Vereinigung angeschlossen haben, denn, um ein kollegiales Zusammenarbeiten zu ermöglichen, ist es erforderlich, daß das was Gemeingut der Arbeiter geworden, auch gemeinlich erstrebt wird. Wenn jemand als vollwertiger Arbeitskollege angesehen werden will, so darf er sich nicht dem Vorwurfe aussetzen, daß er ernten will, ohne zu säen. Daß sich jeder Kollege der Organisation anschließt, ist aber auch schon deshalb notwendig, weil in der nächsten Zeit daran gedacht werden muß, die tägliche Arbeitszeit zu verkürzen. Dieser Forderung kann aber nur durch Verlassen werden, wenn sie von unten, von den Arbeitern selbst, kommt. Wir sind der festen Überzeugung, daß sich die Meister einer Verkürzung der Arbeitszeit für die nächste Kampagne nicht entgegenstellen werden. Denn wenn in ganz Deutschland diese Forderung gestellt wird, so dürfen sich die Ziegeleierkollegen unseres Bezirkes nicht abseits stellen. Und nun ihr Kollegen, die ihr noch mit einer geringen Zahl außerhalb unserer Vereinigung steht, schlagt an eure Brust und sagt euch, daß ihr nicht richtig handelt, wenn ihr die Früchte mit teilen wollt, die andere erntungen haben. Tretet ein in unsere Reihen, besucht die Versammlungen, damit sich die Kollegen einander näher gebracht werden, merket den übermäßigen Misset, der Körper und Geist verzögert und den Junkern zum Reichum verhilft, lest eure Verbandszeitung, um euch in das Wirtschaftsleben zu vertiefen, denn unsere heutige Zeit erfordert ganz und gar die Selbstaufklärung und Achtung vor dem Arbeiter.

Papier-Industrie

+ Papierprofite. Nach den von uns kürzlich im Auszug veröffentlichten Berechnungen des Direktors Castorf von der Patentpapierfabrik in Penig über die Rentabilität der Aktienunternehmungen in der Papierfabrikation stieg die Durchschnittsdividende von 47 Betrieben von 7,1 im Jahre 1910 auf 7,7 Prozent für das Jahr 1911. Dabei sind nach den Castorfschen Angaben von 47 Gesellschaften mit einem Kapital von insgesamt 73,78 Millionen Mark 13 Gesellschaften mit einem Kapital von 13,90 Millionen Mark dividendenlos geblieben, der Dividendenüberschuß gibt daher über die Rentabilität der 34 ertragsreichen Gesellschaften ein durchaus falsches Bild.

Von den an der Berliner Börse gehandelten Aktien von Papier-, Pappfabriken usw. zahlten Dividenden:

	1909	1910	1911
Melb-Gronau-Papier-Fabrik	0	4	6
Ammerdorf, Papierf.	22	28	—
Rübendorfer Papierfabrik	9	9	—
Mühlbacher Papierfabrik	8	8	8
Berliner Pappfabrik	4 1/2	4 1/2	4 1/2
Erdfelder Aktien-Papierfabrik	12	12	—
Erdfelder Papierfabrik	0	0	—
Ernst u. Co.	0	0	0
Feldmühle Rosel	10	12	12
Königsberger Zellstoff-Fabrik	10	20	22
Koschheimer Zellulose- und Papierfabrik	12	14	12
Lehmann-Josephthal, Papierfabrik	5	5	7
Norddeutsche Leberpappfabrik	5	5	—
Preßpappfabrik Unterachsenfeld	6	6	—
Reisholz, Papierfabrik	15	18	—
Schleifische Zellulose- und Papierfabrik	7	7 1/2	—
Simonische Zellulosefabriken	6	6	6
Waxner Papierfabrik	8	12	12
Waldbach, Zellstoff	15	15	15
Zellstoff-Verein, Dresden	6	8	—

Zwei Papierfabriken, deren Aktien in Berlin gehandelt werden, sind, wie unsere Tabelle ergibt, in den letzten Jahren dividendenlos geblieben. Ueber die Ursache der Dividendenlosigkeit bei diesen beiden Unternehmen lassen sich nun sichere Feststellungen machen, die beweisen, daß die Dividendenlosigkeit mit der Lage der Papierindustrie selbst nicht das geringste zu tun hat, sondern auf schwere Verluste oder gar unverantwortliche Spekulationen der Verwaltungen zurückzuführen ist. Von der Ernst u. Co.-A.-G. wurden lange Jahre hindurch Dividenden von 10 Prozent gezahlt, die ersten größeren Verluste sind nach dem Geschäftsbericht aus der Errichtung einer Londoner Filiale und den damit zusammenhängenden Wägungen der Geschäftsleitung entstanden. Endlose Prozesse zwischen den Erben des Vorbesizers und der Gesellschaft lassen weiterhin eine arge Verwirrung der inneren Verhältnisse erkennen.

Nach kraffer zeigt die Geschichte der Erdfelder Papierfabrik, A.-G., daß der finanzielle Verfall das Ergebnis von Vorgängen ist, die mit der Ungunst der Konjunktur und ähnlichen Dingen gar keinen Zusammenhang haben. Viele Jahre hindurch gehörte die Erdfelder Papierfabrik zu den rentabelsten Unternehmungen, sie zahlte in den Jahren 1903 bis 1905 Dividenden von 18, 20 und 20 Prozent. Mit dem Jahre 1905/06 begann plötzlich ein rapider Gewinnrückgang, es kam nur noch eine Dividende von 8 Prozent zur Verteilung, in den darauf folgenden Jahren blieb die Gesellschaft gänzlich dividendenlos. Gerade in günstigen wirtschaftlichen Zeiten setzten die Verluste des Unternehmens ein, das in Krisenzeiten in seiner Rentabilität nicht geschwächt worden war. Im Januar 1906 wurde ein Tochterunternehmen der Erdfelder Papierfabrik in Betrieb genommen, die Papierfabrik in Jeshendorf. Mit der Aufnahme dieses Jeshendorfer Betriebes nahm der Lebensgang der Erdfelder Papierfabrik seinen Anfang. Von der Schwelgere ist nie verstanden worden, aus welchen Gründen in Jeshendorf von der Erdfelder Gesellschaft eine Papierfabrik errichtet wurde, alle Urteile gingen darauf hinaus, daß Jeshendorf der denkbar ungünstigste Platz für eine Papierfabrik sei. Dennoch war die Jeshendorfer Gründung nicht unverständlich, sie war das Ergebnis einer Terrainpekulation des inzwischen verstorbenen Bankiers Neuburger, der Aufsichtsratsvorsitzender der Erdfelder Papierfabrik war und das Erdfelder Unternehmen in den Dienst seiner anderen Geschäftsinteressen stellte. Er besaß Terrain in Jeshendorf, dessen Erschließung schwierig war; um Terrainkäufer heranzuziehen, wurde nun Gelände an die Erdfelder Papierfabrik zu recht beträchtlichen Preisen verkauft. Von Jahr zu Jahr verschlang das Jeshendorfer Werk weitere Summen, die Erdfelder Papierfabrik, A.-G., konnte nicht nur keine Dividende mehr zahlen, sondern kam auch noch zu erheblichen Unterbilanzen, die einschneidende Sanierungen erforderlich machten. Verfügt über man diese sehr wesentlichen Umstände, so kommt man zu dem Resultat, daß die Rentabilität der Papierfabriken in Wirklichkeit noch erheblich höher ist, als sie von dem Herrn Direktor Castorf errechnet wird. Von den führenden Papierfabriken werden übrigens die gegenwärtigen geschäftlichen Verhältnisse und die Aussichten der nächsten Monate als außerordentlich günstig bezeichnet.